

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 16.

Leipzig, den 17. April.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Blatte einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren **G. Hofmann**, Brühl 40, **G. Richter**, Peterssteinweg 7, **Leipziger Consumverein**, Universitätsstraße, und die **Expedition d. Blattes** in der Wohnung des Herrn **H. Debel**, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition (interimistisch) **W. Gendel**, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von **Franz Thimm**, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: **A. Tuenjung**, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten: Aufruf an alle Mannfactur-, Fabrik- und Handwerker. — Genf, Basel, Brüssel, Lüttich, Wien, Geislingen, Fürth, Darmstadt, Schwerin, Berlin, Luckenwalde, Hohenstein-Ernstthal, Glanau, Mexane. — Arbeitsvermittlung. — An die deutschen Lehrerinnen. — Briefkasten. — Inserate.
Beilage: Aus England.

Politische Uebersicht.

Die Gerüchte, daß Preußen die Militärverträge mit den südwestdeutschen Staaten gekündigt habe, oder zu kündigen beabsichtige, gewinnen trotz, vielleicht auch in Folge des lebhaften Ableugnens der „Norddeutschen“ und der „Arenzzeitung“, immer mehr an Festigkeit. Jedenfalls haben sie eine große innere Wahrscheinlichkeit für sich. Diese Verträge, die mit dem Prager Friedensvertrag in unlösbarem Widerspruch sind, bieten den Feinden Preußens, namentlich Bonaparte, eine Handhabe im Frieden und erleichtern ihm den Angriff im Krieg. Und diesen Nachtheilen steht kein einziger Vortheil gegenüber. Wie in der Broschüre „Arcolay's“ unumstößlich nachgewiesen ist, vermag Preußen in einem Krieg mit Frankreich Südwestdeutschland nicht zu beschirmen, ebensowenig als Südwestdeutschland Preußen Hilfe zu bringen vermag, wohl aber setzt die Aufrechterhaltung der Verträge Frankreich in Stand, Preußen auch von Süden anzugreifen. Die Kündigung des Vertrags ist also ganz im Interesse Preußens, das Frankreich damit einen Kriegsvorwand entzieht — was allerdings nicht viel sagen will, weil es an Vorwänden nie fehlt, wo der Wille vorhanden ist — und sich durch die Neutralität Südwestdeutschlands, welche die Konsequenz der Vertragskündigung wäre, die linke Flanke deckt, und eine bessere Concentration seiner Kräfte ermöglicht.

Und Preußen ist jetzt so gestellt, daß es mit seinen Kräften Haus halten muß. Dank der „genialen“ Politik ist es völlig isolirt, und ausschließlich auf sich selbst angewiesen. Der einzige Staat, der ihm bisher noch freundlich gewesen, Rußland, hat neuerdings eine sehr kühle Haltung angenommen, was seine natürliche Erklärung darin findet, daß in Asien der langvorbereitete und langerwartete Entscheidungslampf zwischen dem „Nordischen Bären“ und dem „Englischen Löwen“ zum Ausbruch zu kommen droht. Da nun Asien für das halbbarbarische Rußland unmittelbar eine weit höhere Bedeutung hat als Europa, so unterliegt es wohl kaum einem Zweifel, daß die russische Allianz den Weg der italienischen gehen wird.

Ueber das Verhältniß des Grafen Bismarck zum „Reichstage“

bringt die Wiener „Presse“ eine interessante Korrespondenz aus Berlin. Sie schildert die nervöse Stimmung des Grafen, seine üble Laune, die durch den kleinsten Anstoß, eine Niederlage im Parlament, eine unangenehme Depesche, einen Streit mit seinen Kollegen veranlaßt werde, und bemerkt: „Daß die Sache nicht nur im Sinne der Nationalliberalen, sondern auch in dem seinen nicht vorwärts rückt, ist klar.“ Dann heißt es: „In der Luxemburger Affaire, im Frühjahr 1867, bot sich dem Grafen eine Gelegenheit, durch einen Krieg mit Frankreich den Gipfel der Volksgunst zu gewinnen und, den Fall des Sieges einmal vorausgesetzt, auch Süddeutschland von Preußen abhängig zu machen. Er hat diese Gelegenheit vorübergehen lassen und ist seitdem in der diplomatischen Aktion in die Defensive gedrängt worden. Frankreichs Eifersucht und Mißtrauen zu beruhigen, gibt er sich wohl kaum große Mühe; Jedermann in Preußen hält dies für vergebliche Arbeit und ist mit dem Gedanken des Krieges gegen die Franzosen vertraut; aber der Graf hat sich die italienische Allianz entschlüpfen lassen und in der belgischen Frage keine entscheidende Stellung gefaßt. Was denkt er? Was will er? fragt man sich. Den Weg liberaler Reformen in Preußen einzuschlagen, ist keiner unfähiger als er. Um den Kultusminister Mähler zu beseitigen, genügt einige ernste und bestimmte Vorstellungen. Im Parlament spielt dieser Mann so oft die Rolle dessen, der, wenn ihm etwas an seinen Gefährten nicht gefällt, sagt: nun spiele ich aber nicht mehr mit! Dem König aber hütet er sich wohl die Alternative zu stellen: ihn oder die reaktionären Vogel-scheuchen im Ministerium zu entlassen. Er ist eben trotz der Bewunderung der Nationalliberalen ein ehrgeiziger ufermärktischer Grande vom Scheitel bis zur Sohle, der lieber in der Fülle der Macht veralten, als sie, auch wenn es sein Ruhm forderte, niederlegen wird. Absoluter Stillstand im Innern, absoluter Stillstand nach Außen, denn die kleinen Nergelien und Aufwiegeleien mit Oesterreich und in Rumänien wird Niemand Bewegung nennen, das ist die Devise unserer jetzigen Politik. Im Innern will Graf Bismarck nicht vorwärts, nach Außen kann er es in dieser Weltlage nicht. Die Periode seiner Kraft ist vorüber. Die parlamentarische Schwindsucht hat endlich auch ihn erfaßt. Seine ganze Thätigkeit wird sich wieder der Unterdrückung des Liberalismus zuwenden, so lange dies Geschäft eben geht. 1865 war Oesterreich unklug genug, ihn aus seinen Verlegenheiten zu reißen. Wird sich dieser Fehler wiederholen? Bietet die europäische Diplomatie dem Bundeskanzler Norddeutschlands keine Handhabe zur Aktion und zur Wiederauffrischung seines verwelkten Kranzes, so wird die innere Parteilung die dürrn Blätter bald zerrieben haben.“

In dieser Schilderung ist manches Richtige, aber auch viel Falsches. Falsch ist z. B. die Annahme, Graf Bismarck habe im vorigen Frühjahr durch eine kühne Haltung Frankreich gegenüber seine Stellung befestigen, sein „Werk“ vollenden können. Als ob Bonaparte den Mann von Biarritz nicht damals so gut in der Tasche gehabt hätte, wie er ihn heute in der Tasche hat! Niemand vermag sich von seiner Vergangenheit zu befreien; wer A gesagt, muß auch B sagen, und wer sich dem Teufel verschrieben, muß die Folgen tragen. Warum ging Graf Bismarck nach Biarritz? Weil Preußen allein zu schwach war, Deutschland zu zertrümmern. Und warum half ihm Bonaparte? Weil die Zertrümmerung Deutschlands Preußen und die übrigen deutschen Länder setzen in die Abhängigkeit von Frankreich bringen mußte. Es ist wohl wahr, im vorigen Frühjahr gab es ein Mittel, Luxemburg zu retten und Bonaparte zu züchtigen: eine deutsche Politik. Aber eine deutsche Politik ist das gerade Gegentheil der Bismarck'schen Politik, ist die Verneinung, die Vernichtung des Bismarck'schen Werks. Und sogar angenommen, Graf Bismarck wäre durch ein Wunder über Nacht aus einem preußischen Junker in einen deutschen Patriot geworden, so hätte er vor Allem sich selbst auf dem Altar des Vaterlands opfern müssen. — Für das Jahr 1866 gibt es keine Anstiege. —

Wenn Graf Bismarck an dem Bewußtsein der Unhaltbarkeit seiner Politik krankt, so sind die Herren Fortschrittler in dieser Beziehung glücklicher, sie sind mit Allem zufrieden und glauben nach wie vor an ihre staatsmännische Weisheit und an ihre — Erfolge. Der „Beste“ von ihnen, Waldeck, rief neulich in einer Wählerversammlung aus: „Man spricht noch immer von Annexionen und Vergewaltigungen, aber, die Hand aufs Herz, kein Liberaler wird dieselben lieber ungeschehen sehen wollen. (!) Dieser große preußische Staat hat die Aufgabe, sich auszudehnen, und es war dies nicht nur für den Staat sondern auch für die liberale Sache ein großes Glück.“ Gleich darauf gesteht Herr Waldeck allerdings, „in der Verwaltung sei kein Fortschritt erzielt worden“. Das zusammenzureimen, ist nicht unsere Sache; Herr Waldeck aber ist nicht bloß ein Talent, sondern auch ein „ehrenwerther Mann.“

Intelligenzstaatliches. Im Weichbild von Berlin, der Hauptstadt des Intelligenzstaats, befinden sich drei Dörfer, wo die Jugend aus Mangel an einem Lehrer ohne Schulunterricht aufwachsen muß.

Man schreibt uns: „Berlin, den 12. April. Der ostpreußische Nothstand, durch die Darmberzigkeit von halb Europa eine Zeitlang zurückgedrängt, hat sich mit erneuter Härte wieder eingestellt, und zwar in größerer Ausdehnung als 1867. Er herrscht nicht nur, wie damals, in den Niederungen, sondern auch im Oberlande, bis an die polnisch-russische Grenze. — Eine natürliche Folge der allgemeinen Massenarmuth ist die großartig wachsende Auswanderung, namentlich nach Amerika, — für Alle, die das Reisegeld aufreiben können, das letzte Rettungsmittel. Schaarenweise sieht man die „Sieger“ von 1866 mit Weibern und Kindern an den hiesigen Bahnhöfen auf ihrer Durchreise nach den Seehäfen. Sie pflegen, da ihnen die Armut die Hotels verschließt, vor den Bahnhöfen zu bivouakiren, und bieten ein rechttes Jammerbild. Dabei sind das noch die Bemitteltesten. Auch in der „Provinz“ Wiesbaden, dem ehemaligen Kurhefen, hat die Auswanderung, die man früher auf Kosten der „Mißregierung“ setzte, unter preußischem Szepter, statt abzunehmen, zugenommen. Vogischer Weise muß auch die „Mißregierung“ zugenommen haben. — Was unsere äußere Politik betrifft, so findet, seit man weiß, daß dem Krieg nicht auszuweichen ist und deshalb in der Be-

schleunigung der Entscheidung einen Vortheil erblickt, eine starke Hegerei gegen Frankreich statt; insbesondere hat die Regierungspresse Odre, den Elsaß für Deutschland zurückzuverlangen, ein Lied, das sie nun in allen Tonarten bis zum Stel aufspielt.“

Ein Wiener Blatt, die „Debatte“, entwirft folgendes Bild von dem Reichsrath und dem österreichischen Parlamentarismus:

„Wir gehören sicherlich nicht zu den Segnern unseres Abgeordnetenhauses; wir achten dessen guten; patriotischen Willen und anerkennen seine hervorragende Befähigung in einzelnen, besonders den juristischen Materien. Was aber die Politik betrifft, sind unsere parlamentarischen Zustände, offen gesagt, jämmerliche. Wir sehen fast lauter Parteien, die gar keine solchen genannt werden können, da sie aus heterogenen Elementen mosaikartig zusammengesetzt sind und beim ersten Anprall auseinander fallen; was noch wirklich Partei ist, verleugnet je nach der Opportunität seine Principien dreimal, ehe der Hahn kräht. Die großen Gesichtspunkte fehlen gänzlich; bald fokettirt man mit der Länderautonomie und bald wirft man denselben wieder scheele Blicke zu; bald wirft man sich der Göttin der Freiheit zu Füßen und bald wieder zerstört man ihre Altäre; heute gehört man zur Majorität und freut sich, das parlamentarische Ministerium gestützt zu haben, um morgen in der Minorität stolz darauf zu pochen, daß man die vorgeschrittenen Volkswünsche höher hält, als alles Andere. Föderalismus, Länderautonomie, Reichseinheit, Centralisation, Demokratie und Conservatismus — alle diese Begriffe laufen wie durcheinander und machen es ganz unmöglich, den Punkt zu finden, wo man seine Freunde oder Feinde trifft. Das Volk steht rathlos und verwundert abseits und denkt, das Chaos vor der Schöpfung könne nicht größer gewesen sein. Unsere parlamentarische Regierung schwankt ebenso, wie das Parlament, rathlos und thatlos zwischen Länderautonomie und Centralisation, Radikalismus und Conservatismus umher, möchte es allen Theilen rechtmachen und befriedigt keinen. Wohin das führen soll, das wissen wir nicht. Traurig genug, daß es schon heute nicht Wenige gibt, welche der festen Ueberzeugung sind, wir könnten nur in dem Blut- und Eisenbade der Reaction zu neuer Lebens- und Thatkraft erweckt werden.“

Ein trauriges Bild und, was das Traurigste, ein wahres. Man spricht von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Königs von Italien mit dem Kaiser von Oesterreich.

Wir theilten in voriger Nummer ein „Manifest“ französischer Sozialisten mit. Es hat von Seiten der „extremen“ Sozialisten ein Gegenmanifest hervorgerufen, das also schließt: „Die Besiegten des Juni berathen nicht mit ihren Siegern — sie warten.“ Das klingt äußerst revolutionär; schade nur, daß es in der „Opinion Nationale“, einem schein-demokratischen, halboffiziösen Organ steht, und daß in dieser Weise an den Junikampf zu erinnern, nur dem zweiten Dezember nützen kann.

Die belgisch-französische Frage kann nicht leben und nicht sterben.

Nach einem Telegramm aus Madrid wäre der König von Portugal so klug gewesen, die spanische Krone abzulehnen. Ist es wirklich wahr, daß er sich und den Spaniern diesen Dienst erzeigt hat, so ist in der That nicht abzusehen, wie der königslustigen Cortes-Mehrheit geholfen werden soll; denn von allen vorgeschlagenen Candidaten war der König von Portugal der einzige „mögliche“. Jetzt bleibt nur noch die Einsicht, daß irgend einer der großen Monarchen, für welche die spanischen Königsliebhaber schwärmen, zu denen sie aber ihre demüthigen Blicke nicht zu erheben wagen, — daß zum Gegenpfeil der König von Preußen aus Liebe zum Prinzip dem eige-

nen Thron entsagt und den Spaniern aus der fürchterlichen Verlegenheit hilft, Europa das „korrumptrende“ Schauspiel einer Republik, und sei es einer Republik wider Willen zu geben.

In verschiedenen Punkten Spaniens sollen sich Carlistische Banden gezeigt haben. Wir legen dieser Nachricht keine sonderliche Wichtigkeit bei. Gefährlich werden die Carlisten, d. h. die Anhänger der alten legitimen Gottes Gnaden-Monarchie erst dann, wenn der unvermeidliche Kampf zwischen den Constitutionellen und den Republikanern entbrannt ist.

Die Probenummer des „Pfälzer Demokrat“ (f. vorletzte Nummer) liegt uns vor. Das Blatt, welches in Kaiserslautern (wöchentlich einmal zum Preis von 18 fr. [5 Ngr.] vierteljährlich) erscheint, versichert das nachstehende, von der deutschen Volkspartei in der Pfalz angenommene Programm:

§ 1. Die „deutsche Volkspartei“ in der Pfalz bekennt sich zu dem demokratischen Gleichheitsprinzip und verlangt die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei Verfassung und Verwaltung, die Durchführung der Selbstregierung des Volkes im Staate, der Provinz und der Gemeinde. Sie verwirft aber namentlich den Militarismus und das auf denselben sich stützende Cäsarenthum.

§ 2. In nationaler wie in internationaler Beziehung erkennt die „Volkspartei“ den jedem einzelnen Volkstamme, wie jedem Volke zustehenden gleichen Anspruch auf Selbstbestimmung an, nur auf diesem Wege erstrebt sie die Einigung. Nur ein auf die Freiheit gegründeter Bundesstaat sämmtlicher deutschen Stämme, nur ein Friedens- und Freiheitsbund der Völker entspricht ihren Grundsätzen.

§ 3. Die „Volkspartei“ erkennt ferner an, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Fragen untrennbar sind und daß namentlich die geistige und materielle Hebung Aller und die Verwirklichung der politischen Freiheit sich gegenseitig bedingen.

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Aufruf

an alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, als:
Weber, Tuch-, Buchsfin- und Zeugmacher, Wirler und Posamentiere, Spinnerer, Appretur- und Färberei-Arbeiter, sowie Fachverwandte jeglicher Stellung und beiderlei Geschlechts.
Gewerksgenossen!

Im Auftrage von mehr als 800 Köpfen der benannten Berufs-Arten am hiesigen Orte wenden wir uns an Euch in einer für uns Alle hochwichtigen Sache.

Die moderne kapitalistische Produktion macht sich von Jahr zu Jahr in einer für uns immer fühlbareren Weise geltend. Die stets zunehmende Concurrenz, die immer großartiger sich entwickelnde Großproduktion verbunden mit Krisen, welche durch den das Mark der Völker ausgangenden Militarismus noch verschärft werden, haben unsere soziale Stellung immer schlimmer gemacht und sie auf einen Punkt herabgedrückt, wo Abhilfe auf das Dringendste Noth thut.

Rings um uns sehen wir die Berufsgenossen der verschiedensten Industriezweige, die unter gleichen Ursachen wie wir leiden, sich zusammenscharen, um den Kampf gegen ein System aufzunehmen, das in seinen Consequenzen die vollständige Unterdrückung und Ausfagung des arbeitenden Volkes herbeiführen muß. Vereinigung! Organisation! ist der Ruf und die Lösung der Unterdrückten aller Länder. Auch wir wollen einstimmen in diesen Ruf und handeln, wie es Leuten geziemt, die gestählt sind im täglichen Kampfe um das nackte Dasein. Organisiren wir uns, bilden wir eine

Internationale Gewerksgenossenschaft der Ma-

nufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts!

Denn auch unsere Frauen und unsere Töchter sind herein gerissen und als eine zwiefach kostbare Beute schmachvoll preisgegeben in diesem Krieg Aller gegen Alle.

Das unterzeichnete Comité, von der hier am 10. Febr. ds. J. durch circa 300 Genossen gegründeten Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter Gewerksgenossenschaft betraut mit den Vorarbeiten für Einberufung eines

allgemeinen Congresses der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, hat sich freudig dieser Aufgabe unterzogen und einen Statutenentwurf ausgearbeitet, den wir unsern Gewerksgenossen von Nah und Fern zur Berathung und Beschlußfassung unterbreiten wollen.

Zu diesem Behufe laden wir alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter ein, auf Grund dieses Statutenentwurfs sich uns anzuschließen und Abgeordnete zu schicken zu dem Congress der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, der die Pfingstfeiertage in Leipzig stattfinden soll.

Den Statutenentwurf nebst anderen nöthigen Mittheilungen werden wir gedruckt in entsprechender Zahl allen uns bekannten Personen, Vereinen und Verbindungen, von denen wir eine Förderung unseres Vorhabens erhoffen dürfen, zusenden. Auch fordern wir die befreundete Presse auf, unsere Sache zu unterstützen. Uns unbekannte Freunde, welche keine Sendung bekommen, bitten wir sich direkt und franco an den Mitunterzeichneten Jul. Motteler in Crimmizschau zu wenden, an den überhaupt alle Zuschriften, soweit sie den Congress betreffen und nicht Lokalkomiteeangelegenheiten berühren, zu senden sind.

Die Statuten und Vorlagen für den Congress ersuchen wir genau zu prüfen und die Abgeordneten zu unterrichten, welche Aenderungen gewünscht werden. Abänderungsanträge bitten wir spätestens bis 10 Tage vor dem Congress uns mitzutheilen, um diese drucken zu lassen und den Delegirten einhändigen zu können.

Die Mandate der Abgeordneten müssen zur Legitimation mit mindestens 3 Unterschriften von Mitgliedern der Gewerksgenossenschaft von dem Orte, wo sie gewählt sind, beglaubigt sein, und die Zahl der Gewerksgenossen, welche vertreten werden, enthalten.

Die Anmeldung der Abgeordneten hat bis spätestens acht Tage vor dem Congress bei dem Vorsitzenden des Local-Comité's, Herrn Chr. Hadlich, im Arb.-Bildungs-Verein, Ritterstraße 43 II Leipzig, zu erfolgen. In demselben Local findet auch Sonnabend Abends 7 Uhr die Vorberathung statt. Ebenso können dort die Abgeordneten nach ihrer Ankunft in Leipzig billige Quartiere angewiesen erhalten.

Gewerksgenossen! Wir hoffen zuversichtlich, daß Ihr unserem Rufe zahlreich Folge leistet. Tretet zusammen, schließt Euch an uns an und sendet Leute Eures Vertrauens, die ernst und gewissenhaft berathen, was uns Allen frommt und uns von Druck und Noth befreien hilft!

Das Organisations-Comité der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaft.

Crimmizschau, den 10. April 1869. J. A. Wiesel, G. Stemmler, Walter, Frau Wilhelmine Weber, Frau Beuschel, Handarbeiterinnen. Franz Feustel, Hermann Hule, Handarbeiter. H. E. Müller, J. Motteler, Ludwig Mehlhorn, G. Sachsse, Ed. Wilhelm, Tuchmacher. C. F. Gutmann, Ernst Stehfest, Weber. J. Gerold, Daniel Körbe, Karl Vogel, Feuerleute. J. Ranfft, Spinner. J. G. Sommer, Krempelmeister. M. Thilo, Strumpfwirker.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen, den obigen Aufruf der „Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur- und Handarbeiter“ nach Kräften zu verbreiten und ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die betreffenden Gewerksgenossen zur Betheiligung heranzuziehen.

Berlin, den 12. April 1869.

Im Namen des Vororts
A. Bebel.

Genf. Hier genau dasselbe Schauspiel wie in Basel. Die Bourgeoisie sucht die Staatsmacht gegen die feiernden Arbeiter zu hegen, schwaht von fremden Einflüssen, lügt und demunziert. Unter Anderem wurde am 31. März eine, die niederträchtigsten Verleumdungen enthaltende Adresse von einer angeblich 4000 Mann starken „Bürgerversammlung“ angenommen und dem Staatsrath überreicht. Darauf hin hielten die Arbeiter am 4. ds. Mts. eine von 5—6000 Mann besuchte Versammlung ab, welche folgende Adresse entwarf, die der Regierung überreicht und an allen Straßenecken angeschlagen wurde:

„Antwort der schweizerischen Arbeiter auf die dem Staatsrath von der Versammlung am 31. März überreichte Adresse. Die Arbeiter, welche als Schweizer Bürger im Kanton Genf leben, am 4. April 1869 in einer Volksversammlung vereinigt, protestiren in energischer Weise gegen die, mindestens irrigen, Versicherungen, welche in der Adresse vom 31. März enthalten sind. Sie erklären: 1) daß sie als ein unveräußerliches, von den Gesezen gewährleitetes Recht die Freiheit betrachten, sich mit Gefährten zu verständigen, um sie zu vermögen, nicht in den Werkstätten oder auf Bauplätzen zu arbeiten, welche in Arbeitseinstellung erklärt sind, — das einzige Mittel, welches die Arbeiter besitzen, um gegen das Monopol des Kapitals anzukämpfen; 2) daß, so lange keine Thätlichkeiten vorkommen, jede Intervention, welche dieses Recht zu beschränken strebt, eine offene Verletzung der individuellen Freiheit ist; 3) daß sie mit Unwillen die Verleumdung zurückweisen, welche die jetzigen Arbeitseinstellungen als auf Anstachelung vom Ausland, zum Zweck unserer nationale Unabhängigkeit zu kompromittiren, beschlossen darstellt. Wir lieben unser Vaterland, wie es nur irgend jemand liebt, und wenn wir ausgebreitete Gleichheitsinstitutionen verlangen, wenn wir nach der Emancipation der Arbeiterklasse streben, so sind wir darum nicht minder anhänglich an die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes und an seine politischen Freiheiten, welche wir mit haben erobern helfen; 4) daß wir niemals, weder direkt noch indirekt, Befehle vom Auslande erhalten haben, daß, wenn der Kanton Genf seine Industrie sinken sieht, dies nicht die Folge von illusorischen***) Dekreten ist, die von London und Paris kommen, und daß nicht wir es sind, welche daran denken die Arbeit zu unterdrücken, oder auch nur sie zu behindern. Wir schließen mit der Erklärung, daß jetzt, wie in Zukunft, wir alle unsere Anstrengungen und unsere Thatkraft vereinigen werden, um tiefe Veränderungen in den Verhältnissen zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen, — Verhältnisse, welche den Arbeiter in Abhängigkeit vom Kapitalisten bringen, und ihm keine Bürgerschaft gegen die Unwissenheit und das Elend gewähren.“

(Die Arbeitseinstellung der Buchdrucker dauert fort, die der Maurer und Zimmerleute ist zu Ende, da soeben eingetroffenen Nachrichten zufolge die Meister in allen Punkten nachgegeben haben. Näheres in nächster Nummer. D. R.)

Basel. Die Lage hat sich wesentlich gebessert und kann man die hiesige Greve*) als beendet betrachten. Durch die Zu-

nahme des Seidenbandgeschäftes waren die Herren Fabrikanten genöthigt, unter erhöhtem Lohne die störrischen Arbeiter bis auf etwa 10 „Rädelsführer“ wieder in Gnade aufzunehmen. Diese redeten ihren Kameraden zu, ohne Rücksicht auf sie zur Arbeit zurückzukehren und werden sie in anderer Weise im Schooße des internationalen Bundes beschäftigt. Also war sammt ihrer regierenden Vetter- und Bevatterschaft es der Bourgeoisie doch nicht gelungen, die internationale Arbeiterassoziation „à tout prix“*) zu sprengen; gegenheils steht sie gesunder und lebensfrischer als je da. Am 7. d. vereinigte sich jede der 13 Sektionen in ihren speziellen Gesellschaftslokalen, um sich dann alle auf einem bestimmten Sammelplatze einzufinden und einen gemeinsamen Zug zu einer Generalversammlung in dem nahe gelegenen Neubad auszuführen. Dort war Neuwahl des Hauptvorstandes und wurden die Bürger Bruhin, Starke und Häfeli zum Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretär gewählt. Alles verlief in bester Ordnung und zog man gegen Abend etwa 600 Mann stark auf den Marktplatz in Basel, formirte einen Kreis um die Fahne der Muttersektion, um das Tagesgeschäft mit einem donnernden Hoch auf den internationalen Bruderbund zu schließen.

Brüssel. Die internationale Arbeiter-Assoziation legt in Belgien eine außerordentliche Mühsigkeit an den Tag, so daß man sich nicht wundern kann, wenn die Fortschritte derselben den Zorn und die Furcht der Bourgeoisie erregen. So bringt die „Neue freie Presse“ folgenden Nachschrei: „Die internationale Arbeiter-Assoziation, gegen welche in Genf jetzt 4000 bürgerliche Petenten strenge Maßregeln von der Regierung erbitten (!), unterwühlt ebenfalls hier in Belgien alle Arbeiterkreise. Wie ich Ihnen schon seinerzeit berichtet, sind hierzulande ein halbes Schock junger, talentvoller Advokaten ohne Klienten die eigentlichen Apostel der Internationalen. Verflorenen Sonntag hatten zwei der begabtesten jener Proudhon'schen (!) Jünger ein großes Meeting in Berviers veranstaltet, das von mehr als 4000 Arbeitern besucht worden und worin der Advokat Herr Arnould den Vorschlag machte, die Arbeiter und alle jene belgischen Bürger, welche durch das Wahlgesetz von der Stimmurne ausgeschlossen sind, sollten, sobald wieder Kammerwahlen veranstaltet würden, ihrerseits auch zu Wahlen schreiten und in Brüssel eine Kammer als Vertreterin der Arbeit einberufen. Die neben der Repräsentantenkammer ihre Rednerbühne aufschlagen und die Interessen des gefeglich nicht vertretenen Volkes wahrzunehmen haben wird. Zur Ausführung dieses Vorschlages, welchen das Meeting (Versammlung) annahm, sollen im ganzen Lande jetzt schon Arbeiter- und Wahlkomites gebildet werden.“

Ein sehr vernünftiger Vorschlag das.

Lüttich. Wieder ein schmachvolles Verbrechen! Die Arbeiter der großen Fabrik von Seraing stellten die Arbeit ein, worauf erst Polizei, dann Militär gegen sie requirirt wurde. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Jedenfalls hat sich der „bürgerliche Musterstaat“ Belgien von Neuem bewährt, und hat die Bourgeoisie von Neuem bewiesen, daß sie unter Freiheit nur ihr Recht, die Arbeiter auszubeuten, versteht.

Wien. Die erste Nummer der „Volksstimme“ liegt vor uns. In jeder Hinsicht trefflich ausgestattet, trägt sie folgen des „Programm“ an der Spitze:

„Ehe wir auf die Darlegung unserer Grundsätze eingehen, müssen wir kurz unsere seitherige Parteitretung kennzeichnen.“

„Der Weg, den unsere Partei betreten, war von Anfang an ein bestimmter und von den Verhältnissen klar vorgezeichnet. Wir wollten das arbeitende Volk zu einer geschlossenen,

*) Arbeitseinstellung (Französisch).

**) Nur in der Einbildung, nicht wirklich existierend.

*) Um jeden Preis (Französisch).

für Freiheit begeisterten Partei vereinigen, welche im Stande sei, den reactionären Machinationen bevorrechteter Stände die Spitze zu bieten, und welche mächtig genug sei, um den Staat des Absolutismus oder des noch schlimmeren Scheinconstitutionalismus in einen demokratischen Volksstaat umzugestalten. Eine solche Partei konnte sich nach den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen nur aus dem Arbeiterstande, aus der Besitzlosen und politisch rechtlosen Klasse bilden. Wir waren daher bemüht, die Massen des österreichischen Volkes aufzuklären und sie jenem politischen Bestand eines Staates gefährdet, welcher in unserer Zeit den Bestand eines Staates gefährdet. Seitdem haben wir alle wichtigen, die Interessen des österreichischen Volkes berührenden Fragen öffentlich diskutiert. Unsere Partei hat zuerst in Volksversammlungen die völlige Beseitigung des Konfordsats verlangt, und später waren wir wieder die Ersten, welche öffentlich protestirten, als päpstliche Allokutionen und bischöfliche Hirtenbriefe Mißachtung gegen freiheitliche Institutionen predigten. — Wir haben zu verschiedenen Malen ausdrücklich erklärt, daß wir bereit seien, die Regierung zu stützen, wenn sie auf der Bahn des Fortschritts und der Freiheit muthig vorwärts schreite. Indem wir endlich den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung stets auf die Entschiedenste hervorkehrten, hatten wir der Regierung — das für den Fall, daß sie wirklich eine freisinnige sein wollte — Gelegenheit gegeben, gestützt auf die gewaltige Macht der Arbeiter die nationalen und volksfeindlichen Bestrebungen des mit dem Klerus verbundenen Adels wirksam zu bekämpfen.

„Aber die Regierung ließ sich zu unserem aufrichtigen Bedauern nur dazu bestimmen, die demokratische Volksbewegung fortwährend zu hemmen, und die von ihr beeinflussten Zeitungen und Propaganten waren bis auf den heutigen Tag bestrebt, dieselbe in der öffentlichen Meinung zu diskreditiren. Man ist soweit gegangen, uns als Werkzeuge freiheitsfeindlicher Regierungen des Auslandes zu bezeichnen, während diese doch offensichtlich eine Agitation, wie die unsrige, fürchten mußten.“

„Wir haben nun unsere seitherige Stellung den anderen Parteien gegenüber genügend erörtert, wir fügen nur noch hinzu, daß wir auch für die Folge mit ebener Konsequenz in dieser Stellung verharren werden und gehen jetzt zur Entwicklung unseres Programms über.“

„Bereits in dem Zirkulate an unsere Freunde und Parteigenossen haben wir erklärt, daß das auf dem 9. Wiener Arbeiteritag beschlossene Programm auch das Programm dieses Blattes ist. Hiernach werden wir unverbrüchlich an der Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechtes für alle Vertretungskörper festhalten; wir werden ferner alle jene Freiheiten zu erkämpfen suchen, welche die Vorbedingung für einen richtigen Gebrauch dieses Rechtes sind. Hierzu gehören insbesondere das unbeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht, die unbedingte Pressfreiheit und das Koalitionsrecht der Arbeiter. Wir werden die Beseitigung der stehenden Heere, welche eine Gefahr für den Frieden, die Freiheit und die Wohlfahrt der Völker sind, und zum Schutze gegen äußere und innere Feinde die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung verlangen. Wir werden weiterhin die Nothwendigkeit der Abschaffung aller indirekten Steuern und die Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer betonen. Wir werden nachweisen, daß eine richtige Umgestaltung des gesammten Unterrichtswesens nur dadurch erzielt werden kann, daß vermittelst des unentgeltlichen und obligatorischen Unterrichts jedem Einzelnen die vollkommenste Entwicklung seiner Anlagen auf allen Gebieten und bis zu allen Graden ermöglicht wird.“

„Unser Parteiprogramm verlangt schließlich noch die vollständige Religionsfreiheit. Wir wollen unsern Stand-

punkt in dieser Frage hier genauer entwickeln, da das Wort „Religionsfreiheit“ sehr häufig von den Klerikalen mißbraucht wird. Wir betrachten nämlich die Religion als Privat- und Gewissenssache. Nach diesem Grundsatz haben sich daher die Religionslehrer oder Priester weder in Schul- noch in Gemeinde- oder Staatsangelegenheiten zu mischen und können nur von solchen einzelnen Individuen bezahlt und unterhalten werden, welche speziell für sich religiöse Belehrung haben wollen.“

„Wie bereits im Eingange gesagt worden ist, erstreben wir somit den wahrhaft demokratischen Volksstaat, welchem nach Beseitigung der stehenden Heere und anderer kostspieliger Einrichtungen auch die Aufgabe zufallen wird, durch Förderung des freien Associationswesens dem Arbeiter allmählig den vollen Ertrag für seine Arbeit zu sichern. Bis zur Erreichung dieses Ziels werden wir eine gesetzliche Normirung der Arbeitszeit zu bewirken suchen.“

„Dies unser Programm. Wir werden an der Verwirklichung desselben nach Kräften arbeiten, hoffen aber auch, daß unsere Parteigenossen Alles aufbieten werden, um unser Wirken zu fördern!“

Die Redaktion.“

Möge dem neuen Organ der Sozialdemokratie die verdiente Unterstützung zu Theil werden!

Wien, den 9. April. Das erste Stiftungsfest unseres Arbeiter-Bildungsvereins am 3. April in Schwenders Kolloseum ist großartig gefeiert worden, und herrlich verlaufen. Tausende von Mitgliedern mit ihren Damen und Gästen waren anwesend. Unter den letzteren befanden sich Deputationen anderer österreichischer Arbeiter-Vereine, Vertreter der Wiener Studentenschaft und des Bürgerthums. Während des Festes liefen zahlreiche Telegramme ein aus den meisten österreichischen Orten, wo Arbeiter-Vereine bestehen, auch aus Leipzig vom Arbeiter Bildungs-Vereine. Die verschiedenen Säle des Festlokals waren prächtig decorirt, namentlich der sogenannte Amorsaal. Die Wände desselben waren unter anderem mit den Namen sämmllicher social-demokratischer Arbeitervereine Oesterreichs geschmückt; wir zählten deren nahe an 30, die sämmtlich in dem Zeitraum von kaum einem Jahr entstanden sind. Musikaufführungen wurden an drei verschiedenen Orten abgehalten: im Frohsinnsaal von der Kapelle des Infanterieregiments Erzherzog Leopold, im Amorsaal von der Kapelle des Musikdirektors Ziehrer, und im Harmoniesaal hatte man das Musikquartett der Gebrüder Lorenz und ein Zither-Concert von Heimeyer. Auch der Gesangverein des Vereins erntete für seine braven Leistungen unter Direktion Professor Striber's großen Beifall. Festreden wurden zwei gehalten und zwar von H. Hartung im Amorsaal und von A. Groß in der Frohsinnshalle.

Die Aufführung eines Theaterstücks und ein allgemeiner Ball schlossen die Feier, die aufs Neue bewiesen hat, wie mächtig die sozial-demokratischen Ideen unter den Arbeitern Oesterreichs Verbreitung gefunden haben.

Erwähnt sei noch, daß es großen Jubel erregte, als während des Festes Student Magnik auftrat und sich zu den sozial-demokratischen Ideen bekannte. Er erklärte unter anderem, „die Wiener Studentenschaft werde ihren alten Ruf zu bewahren wissen. Wie ihre studentischen Vorkämpfer des Jahres 1848 seien auch sie bereit, wenn die Stunde schlage, für die Freiheit zu kämpfen und zu sterben.“ Er schloß seine Rede unter stürmischem Jubel mit einem Hoch auf die Verbrüderung zwischen Studenten und Arbeitern.

(Andere „Burschen“ sind die Wiener Studenten, wie ihre Norddeutschen Collegen; vier Fünftel der letzteren kümmern sich gar nicht um öffentliche Dinge und das letzte Fünftel schwimmt

unter der Direktion reaktionärer oder, was dasselbe, national-liberaler Professoren im Bismarck'schen Fahrwasser. D. Rd.)

Grifflingen, 10. April. Es ist ein wahres Gaudium, zu sehen, mit welcher Wuth unsere Gegner erfüllt sind, daß wir hier mitten im Generalstabsquartier unserer schwäbischen Großpreußen einen sozial-demokratischen Arbeiterverein ins Leben gerufen haben. In einem kürzlich veröffentlichten Aufruf des gegnerischen Arbeiter-Bildungs-Vereins in unserem Orts-Moniteur kommt folgende klassische Stelle vor: „Der sonderbündlerische (?) Verein dagegen, von einem erklärten „Anhänger und Freunde“ Bebel's und Liebknecht's ins Leben gerufen, schließt sich einer Parteirichtung an, welche in der sozialen Frage in höchst einseitiger Weise zum Kampf gegen Kapital und Arbeitgeber auffordert, während sie in Fragen der Politik der vaterlandslosen internationalen Genfer Liga angehört und Hand in Hand mit der Volkspartei und dem Stuttgarter „Beobachter“ geht.“

Wir wünschen, daß unsere Gegner fortfahren, uns in ähnlicher Weise zu — empfehlen.

Fürth, den 13. April. Die Constituirung der Gewerksgenossenschaft der Schreiner (Tischler) hat stattgefunden und zwar auf Grund des Vorortstatuts. Herr Löwenstein erläuterte Zweck und Wesen der Gewerksgenossenschaft und traten in Folge dessen sofort 30 Mann als Mitglieder bei. Nächsten Sonnabend soll die zweite Versammlung stattfinden, bei der sich jedenfalls eine größere Zahl hiesiger Schreiner wieder als Mitglieder wird einschreiben lassen. Herr Engelhard, auf dessen Anregung die Gewerkschaft gegründet wurde, hat viel Angriffe und Verdächtigungen zu erleiden, derselbe wird aber unbeirrt fortfahren, unsere Sache zu vertreten.

Darmstadt, 11. April. Die Arbeiter der hiesigen Maschinenfabriken, 200—250 Köpfe, sind zusammengetreten, um eine Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter zu bilden und zwar auf Grund der Musterstatuten des Vororts Leipzig. Die Constituirung soll in kürzester Zeit erfolgen und würden wir uns sehr freuen, wenn zu derselben Herr Bebel aus Leipzig herkommen wollte, um uns über noch so Manches aufzuklären.

Schwerin, 12. April. Die Petition der Maurer- und Zimmergenossenschaften hier an den Norddeutschen Reichstag, betreffend die Selbstverwaltung der Gesellen-Berufspflegungs- und Krankenkassen, ist abgegangen. Beigefügt ist eine Denkschrift unseres treuen Freundes in der Noth, des Hofbaurath Demmler, über die Bedeutung der landesherrlichen Zunftrollen Mecklenburgs und ihren Werth für den Gesellenstand aller Zünfte, insbesondere für den der Maurer und Zimmerleute. Die Denkschrift beleuchtet ein schönes Stück mittelalterlicher Zustände, die von der mecklenburgischen Regierung mit einer, einer besseren Sache würdigen Konsequenz und Fähigkeit aufrecht erhalten werden. Obgleich wir vom Norddeutschen Reichstag kein Heil erwarten, so glauben wir doch in einer Frage, die mit politischen Machtbefugnissen nichts gemein hat, uns an ihn wenden zu müssen; vielleicht daß er einige Besserung in unsere feudal-zünftlerischen Zustände hineinbringt. Sollte er auch das nicht können, dann wäre er ja zu gar nichts nütze, bescheidener, wie wir sind, kann man nicht sein.

Berlin. Im demokratischen Arbeiterverein, der in der letzten Zeit „den modernen Repräsentativstaat“, „Demokratie und Sozial-Demokratie“ und „die Beschlagnahme der Arbeitslöhne“ auf der Tagesordnung gehabt hatte, stand in den beiden letzten Versammlungen „die Volksschule“ zur Debatte. Herr Lehrer Sack führte in einem längeren Vortrage aus, daß

die Schule die Bestimmung habe, die kulturhistorische Entwicklung zu fördern, und bezeichnete es als die Aufgabe des Pädagogen, den Schülern eine Einleitung in die spätere Lebensstellung, welche den Erwerb und die politische Bildung umfasse, zu geben. Zu diesem Zwecke müsse die Schule sowohl die Sittlichkeit als die Kräfte und Fähigkeiten bilden und eine gewisse Summe von Kenntnissen zum Eigentum machen. Wie aber — fragt Redner — erfüllt die regulativisch zugerichtete Schule diese 3 einander bedingenden Aufgaben? Er weist nach, daß ein „geschickter Pädagoge“ in 2 Jahren sich die „nützlichen Kenntnisse“ aneignen, zu denen die „regulativische Schule“ 8 Jahre brauche, daß Letztere aber daneben eine große Menge „werthlosen Wissens“ (z. B. Bau der Stiftshütte in den kleinsten Details u. s. w.) und — z. B. in Bezug auf „vaterländische Geschichte“ — geradezu „gefälschten Wissens“ lehre, worüber der Arbeiter bei seiner beschränkten Zeit schwerlich je wieder hinwegkomme. Durch Ausschließung der Pestalozzi-Diesterweg'schen Katechisirkunst würden nicht „denkende“, sondern „gehorsame“ Menschen erzogen. Die Früchte der Regulative fingen erst an, sich zu zeigen. — Auf die Schule selbst habe man keinen Einfluß, umsoweniger als hier das Meiste nicht durch „Gesetze“ sondern durch „Restripte“ gemacht werde, daher müsse man auf anderen Gebieten den Einfluß der Regulative zu paralyfieren suchen. Die sich hierauf entspinnde Debatte, an der sich eine große Zahl von Rednern beteiligte, war voll bedeutamer Momente. Allgemein schloß man sich dem Vortrage an; es wurde ausgeführt, und dabei auf die Schweizer Schulzustände verwiesen, wie die Schulfrage nicht gelöst werden könne, so lange die Vorbedingung, eine republikanische Verfassung, fehle, wie auch in dieser die Besserung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen unerläßliche Vorbedingung sein würde; unter den heutigen politischen Verhältnissen aber sei es eine Illusion, die Schule reformieren zu wollen; selbst die vielgerühmte „Unentgeltlichkeit“ des obligatorischen Schulunterrichts sei nicht zu überschätzen, da sie die Verminderung der Reproduktionkosten der Arbeitskraft in sich schließe und somit das Sinken des Arbeitslohnes in demselben Maße mit sich führe. Gleichwohl aber sei „unentgeltlicher Unterricht“ zu fordern, weil es unbillig sei, die Bildung als Besteuerungsobjekt zu betrachten, weil jede indirekte Steuer, also auch das Schulgeld, zu verwerfen sei. Von einigen Rednern wurde der „Verein für Freiheit der Schule“ empfohlen, von den anderen dagegen eingewendet, daß an den mikroscopischen Erfolgen dieses Vereins jeder Blinde sehen könne, daß eine Beseitigung gesellschaftlicher Nothstände nur durch die Gesetzgebung möglich sei; solche Versuche hätten nur den Erfolg, daß sie das Volk für lange Jahre von dem Punkte abwendeten, auf welchen alle Kräfte konzentriert werden müßten, — von der Einwirkung auf die Gesetzgebung. — Daraus wurde gefolgert, daß derartige Versuche der „Selbsthilfe“ nur von Unverstand oder bösem Willen diktiert sein könnten. Man möge, führten Einige aus, zunächst in den Erwachsenen einen unbengbaren Willen heranbilden, damit die Kinder im Familienleben einen Rückhalt gegen die Corruption fänden. Ein Antrag, „der demokratische Arbeiter-Verein empfiehlt seinen Mitgliedern den Verein für Freiheit der Schule zur Unterstützung“, wurde mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers, Herrn Schäfer, abgelehnt. Ebenso blieb ein Antrag des Herrn Havenith: „zu erklären, daß die Lösung der Schulfrage nur im sozialdemokratischen Staat und in diesem nur durch die Gesetzgebung möglich sei“ in der Minorität, nachdem ein Redner ausgeführt hatte, daß sämtliche Redner sich in diesem Sinne ausgesprochen hätten und bei der unzweifelhaften Uebereinstimmung Aller kein Bedürfnis vorliege, durch Fassung einer Resolution die Ansicht der Majorität zu konstatiren.

Luckenwalde, den 13. April. Die Volksversammlung vom 20. März, in der Herr Bebel über die soziale Frage sprach, hat nachträglich noch viel Staub aufgeworfen. Ein Herr Adolph Liese machte den unglücklichen Versuch, die Bebel'sche Rede in einer Brochüre zu widerlegen. Unser Arbeiterverein nahm den hingeworfenen Handschuh auf und griff den Verfasser in unserm Lokalblatt an. Nach einigem Hin- und Herschreiben forderte der Verein Herrn Liese auf, in seiner Mitte zu erscheinen und seine Einwendungen vorzubringen, andernfalls werde man in einer Volksversammlung den Stab über ihn brechen. Herr Liese nahm den Vorschlag des Vereins an, und am letzten Sonnabend ward die Versammlung unter außerordentlich starkem Zubrang von Mitgliedern und Gästen abgehalten. Das Endergebnis war nach langer lebhafter Debatte für Herrn Liese ein recht trauriges. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich die Versammlung für Herrn Liese's Schulze'schen Standpunkt oder Herrn Bebel's sozial-demokratischen Standpunkt entscheide, flogen alle Hände für Letzteren in die Höhe. Herr Liese hatte bei der Gegenprobe eine einzige Stimme für sich. Dieser Streit, den die Gegner hervorgerufen um uns zu schädigen, hat uns außerordentlich genützt, unser Arbeiterverein ist mächtig dadurch gewachsen, am vorigen Sonnabend traten allein 24 neue Mitglieder bei. — Unser Consumverein „Vorwärts“ macht glänzende Fortschritte, neuerdings hat derselbe sich auch die Artikel der Solinger Eisen- und Stahlwaarengewerkschaft zugelegt und ist mit Güte und Preis der Waaren ganz vorzüglich zufrieden.* — Eine Produktivgenossenschaft der Tuchmacher zu gründen ist ebenfalls im Werke; auf Verlangen hat uns Herr Motteler die Statuten der Spinn- und Webgenossenschaft in Crimmitschau übersandt.

Hohenstein-Ernstthal, 9. April. Wir zeigen hiermit den Beitritt von 60 Mann zum Verband an. Wegen der Landesversammlung hat die hiesige nationalliberale Clique kürzlich einen erneuten Angriff und zwar der gemeinsten Art gegen unsere Parteiführer gebracht. Wir haben den Angriff einfach ignoriert und damit bei jedem anständigen Menschen mehr gewonnen, als wenn wir uns auf eine Entgegnung eingelassen hätten. Unsere Arbeiter haben, das zeigt sich oft, mehr Gefühl für Sitte und Anstand, wie die sogenannten „Gebildeten“, die ihnen hierin mit gutem Beispiel voran gehen sollten.

Glauchau, 10. April. Infolge der Angriffe des Glauchauer „Tageblatts“ gegen den Reichstagsabgeordneten Hrn. Bebel, bezüglich seiner Abstimmung über den Lasker'schen Antrag, die Redefreiheit betreffend, wurde in der sehr besuchten Versammlung des Volksvereins, am 27. v. Mts. folgender Beschluß einstimmig gefaßt und im Auftrag des Vereins durch den Vorstand desselben in den hiesigen Lokalblättern veröffentlicht: „Der Verein erklärt hiermit, daß er mit der Abstimmung des Herrn Bebel über den Lasker'schen Antrag vollkommen einverstanden ist, indem Hr. Bebel dadurch wieder von Neuem gezeigt hat, daß er seinem uns früher in Versammlungen gegebenen Versprechen treu geblieben ist, jede Kompetenzerweiterung des Reichstags, welche nur eine noch größere Besteuerung der Einzelstaaten zur Folge haben muß, sowie jede von der national-liberalen Partei beabsichtigte Verprezierung der noch nicht annektirten Einzelstaaten energisch zu bekämpfen.“

* Die Fabrikate unserer Solinger Freunde haben auch auf dem Verbandsstag der sächsischen Consumvereine zu Osnern in Chemnitz außerordentlich gefallen. Leider ist uns über diesen Verbandsstag, trotz wiederholten Versprechens bis heute kein Bericht zugegangen. Parteigenossen, welche mit der Solinger Eisen- und Stahlwaarengewerkschaft in Verbindung treten wollen, ersuchen wir, sich an Hrn. Karl Klein, Goldgasse, Solingen zu wenden. D. R.

Meerane, den 11. April. Auf Freitag den 9. ds. Mts. hatte der hiesige Volksverein in den Saal des Schützenhauses eine Volksversammlung einberufen; als Tagesordnung war aufgestellt: 1) Das Lohnbeschlagnahme-Gesetz und die Gewerbeordnung im Reichstag; 2) Gründung einer Gewerksgenossenschaft für Weber, Wirker u. s. w. — Die gegen 800 Mann starke Versammlung übertrug das Präsidium Herrn Gerhardt, Vice-Vorsieger des Volksvereins. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas als Referent Herr Eberlein, Vorsieger des Volksvereins zunächst den Entwurf des Lohnbeschlagnahme-Gesetzes, wie es der Bundesrath vorgelegt, unterwarf sodann die einzelnen Paragraphen einer eingehenden Kritik und wies nach, wie tief dies Gesetz in die Verhältnisse des Arbeiters eingreife. Es sei geeignet, den Arbeiter, der unverschuldet in Schulden gerathen, wie es bei den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen nur zu oft der Fall sei, geistig und körperlich gänzlich zu ruinieren, indem es ihm sogar den noch nicht verdienten Lohn vorwegnehmen lasse und somit, bei Aussicht auf keinen anderen Erfolg, als den des nothdürftigsten Lebens, alle Lust zum Weiterarbeiten nothwendig vertreiben müsse. Das Gesetz, das bestimmt gewesen sei, die Interessen des Arbeiters zu fördern und seinen Credit zu vermehren, würdige denselben zur Gleichgültigkeit nicht bloß gegen alles Gute und Schöne, sondern auch gegen seine Familie herab. Wenigstens würde es ein Wunder sein, wenn diese Folgen nicht eintreten. — Außerdem lasse das ganze Gesetz der Willkür den größten Spielraum in Bezug auf Festsetzung des nothdürftigen Lebensunterhalts. Auch sei es eine Halbheit und Rechtsungleichheit, das Gehalt öffentlicher Beamten von dem Gesetz auszunehmen und die Gläubiger der letzteren ohne gesetzlichen Schutz zu lassen. — Zur Gewerbeordnung verlas der Referent den darauf bezüglichen Artikel aus Nr. 13 des „Dem. Wochenblatts“ und erläuterte denselben. — Hierauf begründete und beantragte Herr Freitag folgende Resolution:

„Die heutige Versammlung erklärt: 1. Wir wollen Fortschritt auf allen Gebieten des staatlichen Lebens. Da wir aber in dem, dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme von Arbeits- und Dienstlöhnen einen großen Rückschritt sehen und weil wir in diesem Gesetz-Entwurf einen Eingriff in die Menschenrechte, eine Beschränkung der persönlichen Freiheit und einen Ruin des Nationalwohlstandes erblicken, so protestiren wir entschieden und laut dagegen. 2. Wir wollen Fortschritt auf allen Gebieten des staatlichen Lebens. Wir wollen ein Gewerbe-Gesetz, freier als unser jetziges sächsisches Gewerbe-Gesetz. Darum erklären wir uns auch gegen den Entwurf einer Gewerbeordnung, wie solche gegenwärtig im Reichstag vorliegt, weil diese Gewerbeordnung für uns ein großer Rückschritt mit den störendsten Folgen wäre.“ —

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme und wurde nur noch beschlossen, vorstehende Resolution unserm Reichstagsabgeordneten Herrn Bebel zu übermitteln, um dieselbe nöthigenfalls im Reichstag zu verwenden. — Nach kurzer Pause ergriff Herr Eberlein abermals das Wort zum 2. Gegenstand der Tagesordnung, die Gründung einer Gewerksgenossenschaft für Weber, Wirker u. s. w. und berührte zunächst die Nothwendigkeit einer Vereinigung der Arbeiter, indem dieselben nur in geschlossener Masse dem Capital einen Damm entgegensetzen können; neue dem Zeitgeist entsprechende Innungen, Zünnungen, welche die Gewerksgenossen aller Länder umfassen, seien nothwendig, wenn der Arbeiter nicht über lang oder kurz aus den ohnehin schon gedrückten Verhältnissen in noch gedrücktere kommen solle. Diese neuen Innungen seien die Gewerksgenossenschaften. Redner verbreitete sich sodann über die drei

verschiedenen, zur Gründung von Gewerksgenossenschaften vorliegenden Musterstatuten, kennzeichnete die Hauptgrundzüge derselben, erwähnte die dem Bebel-Liebnecht'schen zu Theil gewordene Anerkennung in Amerika und forderte die Versammlung auf, zu erklären, ob sie mit Gründung einer Gewerksgenossenschaft auf Grund der Bebel-Liebnecht'schen Statuten einverstanden sei; keine Gegensprache, auch keine Gegenstimme; erst nachdem die Einzeichnung im besten Gange, erklärte einer der wenigen anwesenden Kassakleiner, daß auch sie mit Gründung einer Gewerksgenossenschaft und zwar nach Schweizer'schen Statuten vorgehen würden. — Bemerkte sei schließlich noch, daß wir eine so massenhafte Betheiligung an der Gewerksgenossenschaft, wie sie stattgefunden, nicht erwartet und deshalb auch die Vorbereitungen nicht in dem Maßstabe getroffen hätten, um den bedeutenden Andrang zu bewältigen. Wir werden weitere Versammlungen, sowie überhaupt energische Agitation in engeren Kreisen veranstalten um der Sache die Verbreitung zu schaffen, deren sie würdig ist. Gezeichnet haben sich gegen 300 Mann, darunter mehrere aus dem nahegelegenen Ort Crottenlaide, und bitten wir um noch mehr Statuten. —

Arbeitsvermittlung.

Um mehrfach ausgesprochenen Wünschen nachzukommen, sind die Redaktion ds. Bl. und der Vorort des Verbands deutscher Arbeiter-Vereine übereingekommen, eine Rubrik für unentgeltlichen Arbeitsnachweis zu eröffnen. Wie werden von jetzt an allwöchentlich am Ende des Hauptblattes in möglichster Kürze die Arbeits- und Arbeitergesuche mittheilen. Z. B.: 1 Schlosser wird gesucht bei Schlossermeister, so und so, Nürnberg, — oder ein Tischler sucht Arbeit, Adresse: Arbeiter-Bildungsverein Leipzig u. s. w.

Wir bringen, wie bemerkt, diese Gesuche unentgeltlich, müssen aber dahingegen verlangen, daß uns alle Briefe franco zugesandt werden — unfrankirt werden zurückgewiesen —; ebenso mußte man uns nicht zu, wegen dieser Gesuche in Briefverkehr zu treten. Wir werden diese Gesuche einfach registriren und auf ausdrückliches Verlangen wiederholen; — damit ist unsere Wirksamkeit beendet. Man wird begreifen, daß wir nur unter diesen Bedingungen den Arbeitsnachweis unentgeltlich übernehmen können.

An die deutschen Lehrerinnen.

In der vorjährigen Versammlung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins in Braunschweig bildete auch die Stellung der deutschen Lehrerinnen einen Gegenstand der Verhandlungen; und man fand, daß, obgleich der Lehrberuf derjenige ist, welchen man den Frauen am wenigsten bestreitet, ihnen doch auch in diesem noch nicht die Anerkennung und Berechtigung zu Theil wird, welche sie beanspruchen können. Immer noch schließt man die Frauen von dem Volksunterricht aus, immer noch sind der Anstalten, welche der Staat zur Heranbildung von Lehrerinnen begründet, unverhältnismäßig wenige; immer noch müssen sie sich mit etwa der Hälfte des Honorars begnügen, welches man Lehrern für dieselben Leistungen bieten würde.

Einen andern Beweis für diesen Mangel an Anerkennung gaben die alljährlichen Lehrer-Versammlungen. Eine jede Lehrerin, welche sich je an einer derselben betheiligt hat, wird gefühlt haben, wie wenig würdig ihre Stellung dabei war, wie sie nicht als Collegin, als Mitarbeiterin auf demselben Felde, als Mitstrebende nach demselben Ziele betrachtet wurde, sondern nur als müßige Zuhörerin, ebenso wie andere Damen,

welche ein oberflächliches Interesse oder die Neugier zu der Versammlung gezogen. Die Hauptursache dieser falschen Stellung lag natürlich in den Lehrerinnen selbst, nämlich in ihrer geringen Anzahl und ihrem passiven Verhalten. Sollten aber diese Uebelstände nicht zu heben sein? Würde die Stellung der Lehrerinnen ihren Collegen gegenüber nicht eine würdigere werden, wenn sie, statt sich mit dem bloßen Zuhören zu begnügen, auch hier und da — selbstverständlich in der, jeder wahren Frau natürlichen bescheidenen Weise, — ihre Ansicht über solche Fragen mittheilen, welche für sie ein specielleres Interesse haben, in welchen sie vielleicht specielle Erfahrungen gemacht? Sollte vor Allem der Nutzen dieser Versammlungen für die Lehrerinnen und in Folge dessen die Betheiligung derselben daran, nicht weit bedeutender werden, wenn sie sich an einander angeschlossen, wenn sie, wie die Lehrer, ihre besonderen Versammlungen hätten, in denen sie ihre pädagogischen Ideen und Erfahrungen austauschen, die Mängel ihrer Stellung besprechen, und gemeinsam auf Mittel sinnen könnten, dieselben zu heben? Könnte da nicht manche junge Lehrerin sich Rath bei einer ältern erholen? nicht mancher Irrthum geklärt, manche Anregung zu segensreichem Wirken gegeben werden? ... Wir glauben diese Fragen bejahen zu dürfen, und hoffen, daß viele Lehrerinnen unsre Meinung theilen werden. Diejenigen nun, bei denen dies der Fall ist, und welche die diesjährige Berliner Versammlung zu besuchen gedenken, bitten wir, sich gefälligst mit uns in Verbindung zu setzen, um gemeinschaftlich das Nähere zu berathen und, sobald das Programm der Lehrer-Versammlung zu Berlin erschienen ist, Zeit und Lokal zu einer Vorversammlung daselbst zu bestimmen, da zwei von uns abgeordnete Lehrerinnen: Fräulein Auguste Schmidt aus Leipzig und Fräulein Marie Calm aus Kassel dieselbe besuchen werden. — Leipzig, März 1869.

Der Vorstand des allgemeinen deutschen Frauenvereins.

Briefkasten. P. N.: Die Adresse von Fat. Rudolf jun. ist: bei Herrn Königsberger am Katharinenthal, Königsberg; die von W. Weiting: 126 Norfolk Str. N. Y. City. U. S. — Th. M. u. C. A. in Berlin; Bez.-B. bei Besse!

Anzeigen.

Deutscher Arbeiterbildungs-Verein in London.

Charles-Hotel, 71 Dean-Street, Soho Square. W. London.

Im Selbstverlage des Verfassers erschien:

Die Dr. Max Hirsch-Dunder'schen Muster-Statuten,

populär und kritisch beleuchtet

von

Heinrich Roller.

Der Verfasser hat in dieser 2^{1/2} Bogen starken Broschüre jeden einzelnen Paragraphen des Hirsch-Dunder'schen „Musterstatuts“ einer eingehenden Betrachtung unterzogen und führt den Nachweis, daß die dadurch geschaffene Organisation nicht nur eine völlig machtlose, und daher zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gänzlich untaugliche, sondern im Gegentheil als ein „Versicherungs-Institut der Arbeitgeber gegen Auflehnung der Arbeiter“ zu betrachten sein würde!

Der Preis ist bei einzelnen Exemplaren 2^{1/2} Sgr., bei mindestens 5 Cop. 2 Sgr.; 18 Cop. für 1 Thaler.

Die erste Auflage ist bald vergriffen; Bestellungen beliebe man daher recht zeitig zu richten an Herrn Heinrich Roller in Berlin, Sebastianstraße Nr. 4.

Doch wolle man, besonders bei kleinen Bestellungen, solche nur gegen Baareinforderung (resp. Briefmarken) machen, da die Postnachsahgebühren den Preis einzelner Broschüren wesentlich verteuern. Auch sei bemerkt, daß auf Streifenbestellungen ein Postvorschuß nicht genommen werden kann!

Aus England.

London, den 3. April.

Auf einige höchst unanständige Ausdrücke, deren sich der Berichterstatter der „Times“ über die Demonstration am Charfreitag*, besonders über die Fahne und die Mitglieder des Londoner deutschen Arbeiter-Bildungsvereins, bediente, hat der Verein folgende Erklärung veröffentlicht:

„Daß die Grundzüge eines Vereins, dessen aktives (thätiges) Mitglied der jüngst verstorbene Ernst Jones war, den Ueberzeugungen gewisser Zeitungsberichterstatter zuwider sein sollten, ist ganz und gar nicht auffallend. Aber daß sich ein Zeitungschreiber unterstellen sollte, durch die Spalten der Times zu insinuiren (anzudeuten), daß der Ausdruck Proletarier gleichbedeutend ist mit Lumpenkerl, mithin Alle, die gezwungen sind, für ihren Lebensunterhalt um Lohn zu arbeiten, Lumpenkerle sind, ist in der That höchst auffallend.

Nicht weniger auffallend ist es, daß der Berichterstatter der Times überall eine so große Nothwendigkeit für die Anwendung von Seife zur Reinigung bemerkt haben sollte, während er selbst sich über die Devise** unferer Fahne durch Ausdrücke besudelte, die so unflätig sind, daß sie allen Unflath übertreffen, der je bei Gelegenheit einer Versammlung von Proletariern bemerkt worden.“

In den niederen Schichten der Tagesliteratur herrscht ein höherer Ton über die Arbeiterbestrebungen. So steht z. B. in „Lloyd's Newspaper“ ein Artikel über die Internationale Arbeiter-Assoziation, worin gesagt wird:

„Die Standhaftigkeit, mit welcher die Internationale Arbeiter-Assoziation zu Werk geht, ist von guter Vorbedeutung. Die Beschlüsse der Kongresse der Assoziation, gehalten zu Genf 1866 und Brüssel 1868, sind soeben in Broschürenform erschienen. Das, was in diesen Beschlüssen am bemerkenswerthesten ist und eine künftige gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse von Amerika und Europa verspricht, ist ihr praktischer Charakter. Wir bemerken in denselben eine Entschlossenheit der Arbeiter verschiedener Nationen, bessere Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit hervorzurufen — Verhältnisse, die eine billigere Vertheilung des Arbeitsertrags zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in Aussicht stellen. Die Hartnäckigkeit, mit welcher die Kapitalisten in jüngster Zeit den Forderungen der Arbeiter durch die Einfuhr fremder Arbeiter Widerstand leisteten, hat die Entschlüsse, welche diese Assoziation zuerst zusammen brachte, intensivirt (ihnen erhöhte Kraft gegeben). Der Haupthebel der internationalen Thätigkeit ist eine Selbstbeschützung gegen das Kapital auf so breiter Grundlage, daß die Arbeit zur gemeinsamen Sache wird gegenüber dem Kapital durch die ganze Welt. Eine statistische Konstatirung der Lage der Arbeiter der zivilisirten Welt ist ein großes Werk. Die Mitglieder der Assoziation bezwecken die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags, und die Regelung der Weiber- und Kinderarbeit in allen Ländern. Die Beamten dieser bedeutenden Körperschaft sind vorsichtige Leute. Ihre Wirkung besteht darin, die von selbst entstandenen Arbeiter-Bewegungen in verschiedenen Ländern zu verbinden und zu lenken, aber nicht zu diktiren***) oder ihnen irgend ein doktrinäres System†) aufzudringen.

„Diese Beschlüsse sollten nicht allein von Arbeitern studirt werden. Sie betreffen alle Klassen der Gesellschaft, da sie

*) Zu Ehren von Ernest Jones.

***) Die Fahne des Londoner Arbeitervereins ist roth, mit der Devise (Inskrift): Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

****) Von oben herab Befehle vorschreiben.

†) Eine bestimmt für alleinseligmachend ausgegebene Lehre.

Vorschläge enthalten, deren Annahme eine Wirkung auf die Reichsten wie auf die Aermsten ausüben muß. Die Ordnung und die Mäßigung, welche sie charakterisirt, verleiht ihnen eine eigenthümliche Macht, welche nur beschränkte oder vorurtheilsblinde Leute vorgeben können zu ignoriren*.)“

Die Regierung hat sich erweichen lassen, eine kleine Anzahl Arbeiter, die aus den Regierungs-Werkstellen entlassen worden, nach Canada zu transportiren; die Gemeinden, in welchen sie wohnen, übernehmen es, sie mit Lebensmitteln u. s. w. zu versorgen. Eine besondere Gelegenheit hat zu dieser Konzession (Zugeständniß) Veranlassung gegeben. In kurzer Zeit müssen zwei Regimente Soldaten, die in Canada stationirt sind, abgeholt werden, und statt die Transportschiffe leer auszuschicken, waren einige Parlamentsmitglieder der Meinung, man solle die jüngst entlassenen und noch arbeitslosen Arbeiter, die Lust hätten auszuwandern, nach Canada befördern; die Regierung konnte sich kaum gegen ein solches Verlangen sträuben.

Der „Irishman“ (Irländer) fragt: Wer sind die eigentlichen Vertreter des irischen Volkes? Die 105 irische Mitglieder des Unterhauses oder die 105 Fenier, die, zu Gefängnißstrafen verurtheilt, im Gefängniß sitzen? Haben die Herren, die in London mit den Ministern speisen und Bündlinge bei Hofe machen, das britische Parlament überzeugt, daß die uns aufkotroyirte Kirche abgeschafft werden muß, oder waren es die gefangenen Fenier, welche Gladstone von der Nothwendigkeit überzeugten?

Die protestantischen Pfaffenfreunde im Norden von Irland drohen mit Trennung und verschiedene Mitglieder der höhern Klerisei verrathen eine Absicht von böswilliger Opposition gegen die Ausführung der Kirchenbill, aber nicht Eine läßt sich verleiten, das in der Bill versprochene Jahresgel zurückzuweisen.

So weit jetzt zu ermitteln ist, wird sich der Strike in Preston nur auf die Hälfte der Fabrikarbeiter ausdehnen. Im Ganzen erstrecken sich die „Notizen“ der Lohnkürzung von 10 Prozent auf ein Arbeiterpersonal von 8096. Davon sind 3000 bereits auf dem Pflaster und die übrigen „Notizen“ laufen nächsten Mittwoch ab. Von der anderen Hälfte der Fabrikarbeiter arbeitet ein Theil zu den alten Preisen fort, ein anderer hat in eine Herabsetzung von 5 Prozent gewilligt. Die Weber sind bereit, für 5 Prozent weniger zu arbeiten als bisher, aber wollen lieber die Arbeit einstellen, als weiter gehen. Die Spinner bestehen auf ihrem bisherigen Lohn, und ohne die Spinner sind die übrigen Arbeiter nicht zu beschäftigen. Die Cardir-Zimmer-Arbeiter sagen, daß sie bereits vielschlechter bezahlt werden als an 107 andern Orten bezahlt wird. Ende der Woche ließen die Fabrikanten den Spinner zu wissen thun, daß sie eine Unterredung wünschten. Es wurden Deputirte ernannt, denen man zuerst von Seiten der Fabrikanten den Vorschlag machte, den Lohn für die groben Sorten unter Nr. 50 nur um 5 Prozent herabzusetzen; spät wurde vorgeschlagen, klar und grob gleich zu behandeln, ab die Arbeiter ließen sich auf weiter Nichts ein, als die nächst Delegirten-Versammlung entscheiden zu lassen.

London, den 12. April.

Vor etwas mehr als zwei Jahren wurde das Publikum von Sheffield eines Morgens mit der entsetzlichen Nachricht überrascht, daß man in der vorhergehenden Nacht den Versuch gemacht habe, einen Sägenschleifer sammt seiner Wohnung die Luft zu sprengen. In den Augen der Kapitalisten w

*) Uebersehen; thun, als ob sie nicht in der Welt wäre.

jener Sägenschleifer ein höchst braver Kerl, da er der Sägenschleifer-Union seit längerer Zeit Troß geboten und keine Beiträge gezahlt hatte. Die Sägenschleifer-Union dagegen war den Kapitalisten ein Gräuel. Sie ließ nicht mit sich spaßen und übte eine Art Behmgericht über ihre abtrünnigen und widerspenstigen Mitglieder aus, dessen Hauptresultat war, daß die Sägenschleifer höheren Lohn erhielten, als andere Arbeiter. Dies allein reichte hin, die Union verhasst zu machen, aber es reichte nicht hin, sie zu inkriminiren (anzuschuldigen). Die Frevelthat aber, von welcher man moralisch überzeugt war, daß sie mit Wissen der Union begangen worden, war hierfür zu reichend, und die Kapitalisten von Sheffield schickten eine Deputation an das Ministerium und verlangten eine Untersuchung, die mit der größten Bereitwilligkeit zugesagt wurde. Der Ton und die Sprache jener Herren und die Art und Weise, wie sie empfangen wurden, ließ keinen Zweifel obwalten, daß sie verheißene Untersuchung zu einer reinen Inquisition ausarten und den Trades-Unionismus überhaupt als verbrecherisch tempeln würde. Die Arbeiter sandten daher ihrerseits auch eine Deputation, verlangten eine allgemeine Untersuchung und noch überdies, daß Arbeiter in die Untersuchungskommission ernannt werden sollten. Das Erstere wurde bewilligt, aber anstatt das zweite zu gewähren, wurden zwei Advokaten: Thomas Hughes, ein Parlamentsmitglied, und Frederick Harrison, die allgemein als Freunde der Arbeiter galten, in die Kommission ernannt. Dies war eine reine Höflichkeitsbezeugung von Seiten des konservativen Ministeriums, denn was sollten zwei gegen zehn, worunter sich einige der wüthendsten Gegner des Gewerks-Genossenschaftswesens befanden? Zweijahre lang hat diese Kommission Kapitalisten und Arbeiter erhört, hauptsächlich die Präsidenten und Sekretäre der beiderseitigen Assoziationen, und ihr Bericht, den sie vor einigen Tagen abgestattet und von dem sich die Gegner so viel versprochen, ist nichts als ein konfusees Aktenstück. Die Herren haben ausgeübert, daß die Trades' Unions bezwecken, ihren Mitgliedern den besten Lohn zu sichern, die Dauer der Arbeitstage zu verlängern und die Arbeit gleichmäßiger unter die Mitglieder zu ertheilen, als sie unter dem Einflusse der freien Konkurrenz ertheilt werden würde. Diese Zwecke suchen sie zu erreichen 1) durch Strikes; 2) dadurch, daß sie die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst beschränken, ein Arbeits-Monopol etabliren. Nach den Aussagen der Sekretäre der größten Unions, heißt es, werden die Strikes in einem Geschäft um so seltener, je größer und je ausgebreiteter die ihm angehörige Union wird. Aber, sagt der Bericht, dies ist nicht das Resultat der Friedensliebe der Arbeiter, sondern der Thatsache, daß sie zu mächtig sind, als daß es die Kapitalisten wagen dürften, ihre Forderungen zu verweigern. Merkt Euch das daheim, wo das Gewerks-Genossenschaftswesen noch so zu sagen seine Kinderhübe nicht ausgezogen hat! Ihr braucht nicht den ganzen Schritt für Schritt zu durchwatzen, wie die englischen Arbeiter gethan haben. Ihr habt Zeitungen, Eisenbahnen, neuen billigen Postverkehr, was unerläßliche Bedingungen sind, auch auf größerem Maßstabe zu organisiren, Ihr könnt großfangen, und so viel mir bekannt ist, saugt Ihr groß an, die Engländer konnten es vor fünfzig Jahren nicht so.

Die Kapitalisten beklagen sich, daß die Arbeiter weniger horfam sind, als in früheren Zeiten, und die Kommission ist in der Ueberzeugung gelangt, daß der knechtische Gehorsam der Vergangenheit nicht wieder hergestellt werden kann. Was die Unterdrückung der nicht zu den Unions gehörenden Arbeiter betrifft, sagt der Bericht, hat die Kommission keine anderen Beweise, als die der Kapitalisten und sie hält es für möglich, daß sich solche Leute enthalten haben, vor die Kommission zu kommen, um gegen ihre eigene Klasse zu zeugen. Die Kommission ist wider Willen zu dem Schluß gekommen, daß den

Arbeitern ein Recht, sich gegen die Kapitalisten zu verbinden, gestattet werden muß, aber sie will den schwarzen Schafen, oder Grindigen (Scabs), die sich keiner Gesellschaft anschließen wollen, volle Freiheit gesetzlich gesichert haben. Besonders bemerkenswerth ist, daß, obgleich das Verbot gegen Arbeiterverbindungen schon seit 1825 abgeschafft ist, die Trades' Unions noch heute nicht gesetzlich sind, weil ihre Statuten Paragraphen enthalten, die als geschäftshinderlich und folglich als dem allgemeinen Wohl zuwider ausgelegt werden. Unter diese Kategorie kann natürlich Alles gebracht werden, was von einer Gewerks-Verbindung unternommen wird. Die Kommission schlägt vor, das Gesetz insofern zu mildern, daß freiwillige Arbeiter-Verbindungen, die Verfügungen enthalten, nur unter gewissen Bedingungen zu arbeiten, nicht deshalb ungesetzlich sein sollen, weil ihre Verfügungen geschäftshinderlich sind, daß aber durch diese Forderung nichts, was sonst als geschäftshinderlich zu betrachten ist, Gesetzeskraft erhalten soll. Der langen Rede kurzer Sinn: die Kommission hat entdeckt, daß die Gewerks-Verbindungen sich trotz der Gesetze zu einer ununterdrückbaren sozialen Macht entwickelt haben. Sie beantragt daher, daß das Geschehene als geschehen genommen werden muß, daß die Verbindungen als solche legalisirt werden sollen, aber die Bedingungen, unter welchen diese Lokalisirung stattfinden soll, sind dieselben, welche ihnen bisher den Charakter der Ungesetzlichkeit gaben. In mancher Hinsicht wird Verschärfung vorgeschlagen. So z. B. wird vorgeschlagen, daß ein öffentlicher Gerichtsverfolger ernannt werde, die Vergehen der Gewerks-Verbindungen auszuforschen und vor Gericht zu ziehen, während in allen übrigen Sachen die Verfolgungen von Verbrechern den betreffenden Privatpersonen überlassen werden. Dieses ist der Majoritätsbericht. Thomas Hughes, Frederick Harrison und Lord Lichfield haben einen Minoritätsbericht abgegeben. Lord Lichfield ist ein junger Mann, der gerade nicht als Freund der Arbeiter gilt, sich jedoch bei einigen Gelegenheiten sehr anständig betragen hat. Die Minorität behauptet, daß die Bestrebungen der Gewerks-Verbindungen unter gegebenen Verhältnissen nothwendig und unvermeidlich sind, daß sie den Charakter der Arbeiterklasse heben, daß sie vom Gesetz anerkannt werden müssen, daß es nothwendig ist, alle Ausnahme Gesetze gegen dieselben aufzuheben, und daß nur dann gerichtliche Verfahren gegen sie eingeleitet werden sollten, wenn sie sich Sachen zu Schulden kommen lassen, die an und für sich und ohne jede Beziehung zu Gewerks-Verbindungen strafbar sind.

Einige Freunde der Kooperation beabsichtigen im Monat Mai einen Kooperativ-Kongreß abzuhalten. Sie wollen eine Verbindung unter den verschiedenen Kooperativ-Gesellschaften herstellen und einen Ausschuß bilden, der es übernehmen soll, unerfahrenen Leuten guten Rath zu geben.

Die Pioniere von Rochdale haben das kooperationsfreundliche Publikum sehr überrascht. Der Verwaltungsausschuß jener weltberühmten Gesellschaft hat den Aktionären Notiz gegeben, daß sie Geld zum Betrage von 20,000 Pfd. St. aus dem Geschäft ziehen müssen. Ist es soweit gekommen, fragt ein alter Sozialist, daß Leute, die ihr Geld im genossenschaftlichen Betrieb erworben, vor aller Welt proklamiren, daß sich das Genossenschaftswesen nicht über die Kleinträmerei erheben kann? Zu was hat die Kooperation bisher gedient? fragt er. Den Arbeitslohn sparsam anzulegen, nicht die Lohnarbeit abzuschaufen, was doch ihre wirkliche Aufgabe ist! Warum nicht Schritt für Schritt vorwärts gehen, Alles für den eigenen Gebrauch zu produziren und so der Alles vernichtenden Konkurrenz ein Ende zu machen? Er glaubt, daß es hohe Zeit ist, die Mitglieder der Kooperativgesellschaften die Grundsätze der Kooperation zu lehren.